



Dringliche Anfragen zur schriftlichen Beantwortung

—

Zur 14. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt

1. Mitglied des Landtages
Rüdiger Erben
(SPD)

Veredlungsstandort Deuben der Mitteldeutschen Braunkohlengesellschaft mbH (MIBRAG) und Denkmalschutz

Ich frage die Landesregierung:

1. Der Veredlungsstandort Deuben der MIBRAG wurde Ende 2021 vollständig stillgelegt. Wurden von den Denkmalschutzbehörden oder dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie denkmalschutzrechtliche Entscheidungen getroffen bzw. vorbereitet? Wenn ja, welche?
2. Teilt die Landesregierung die Auffassung des Fragestellers, dass denkmalrechtliche Beschränkungen die Entwicklung des Altstandortes im Rahmen des Strukturwandels zusätzlich erschweren würden?

2. Mitglied des Landtages
Monika Hohmann
(DIE LINKE)

Gegebenheiten und Notwendigkeiten zur Bürgergeldumstellung in den Landkreisen Sachsen-Anhalts

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwiefern sind aktuell Lücken in der technischen und softwarebasierten Infrastruktur der Landkreise bekannt, welche eine Umstellung von Hartz IV auf das Bürgergeld in den zuständigen Verwaltungsstrukturen hemmen und/oder verhindern?
2. Was wäre nach aktuellem Stand an personellen, finanziellen, technischen und/oder softwarebasierten Ressourcen in den Landkreisen notwendig, um einen reibungslosen Übergang von Hartz IV zum Bürgergeld zum 01.01.2023 zu gewähren?

3. Mitglied des Landtages
Eva von Angern
(DIE LINKE)

Einschätzung zur Machbarkeit und Unterstützung der Landesregierung bei der Einführung des Bürgergeldes

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie schätzt die Landesregierung die Machbarkeit der Einführung sowie Umsetzung der Prozessumstellung zum 01.01.2023 in den Landkreisen ein? Bitte begründen Sie die Antwort.
2. Welche Rolle kann bzw. will die Landesregierung bei der Umstellung des Leistungsbezugssystems sowie dessen Vorbereitung einnehmen? Bitte begründen Sie die Antwort.

4. Mitglied des Landtages
Andreas Henke
(DIE LINKE)

**Mehrkosten für die Kommunen durch die Umstellung
des Leistungsbezugssystems im Haushalt 2023**

Ich frage die Landesregierung:

1. In welcher Höhe werden durch die Umstellung des Leistungsbezugssystems zum 01.01.2023 in den Kommunen Mehrkosten durch die anteilige Wohnkostenübernahme entstehen? Bitte auflisten gegliedert nach Landkreisen und kreisfreien Städten.
2. Inwiefern steht die Landesregierung mit den Landkreisen in Kontakt, um die gegebenen Mehrkosten auch im anstehenden Haushalt ausreichend zu berücksichtigen? (Wie plant die Landesregierung im kommenden Haushaltsentwurf die auflaufenden Mehrkosten ausreichend zu planen um die Landkreise und kreisfreien Städte zu unterstützen?)

5. Mitglied des Landtages
Stefan Gebhardt
(DIE LINKE)

Unterstützung der Leistungsbezieher*innen durch die Landesregierung bei Nicht-Abschluss des Umstellungsverfahrens

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie wird das Auszahlungsverfahren gehandhabt, wenn die Landkreise zum 01.01.2023 die technische, infrastrukturelle und/oder softwarebasierte Umstellung des Leistungssystems nicht bewältigt haben, aber per in Kraft treten die Leistungsempfänger*innen berechtigt sind Bürgergeld zu beziehen?
2. In welcher Form wird die Landesregierung Auffangmaßnahmen (z. B. in Form eines temporären Schutzfonds zur Erprobung des Bürgergeldsystems) im Haushalt 2023 einplanen/erlassen, um die Leistungsbezieher*innen in den Landkreisen vor möglichen formalen, softwarebasierten und/oder technischen Auszahlungsfehlern/-ausfällen des Bürgergeldes zu schützen bzw. um diese unter den aktuellen Gegebenheiten niedrigschwellig und einfach zu kompensieren?

6. Mitglied des Landtages
Henriette Quade
(DIE LINKE)

Abschiebestopp in den Iran

Nachdem die Kurdin Jina Mahsa Amini am 16. September nach ihrer Festnahme durch die Religionspolizei im Iran starb, kommt es landesweit zu vor allem von Frauen und Mädchen getragenen Demonstrationen und Aufständen gegen die Islamische Republik. Diese geht mit großer Brutalität gegen alle vor, die sich ihr nicht beugen wollen. Berichte über Verletzte, Inhaftierte, Verschleppte und Getötete sorgen seit Wochen für Entsetzen und stellen die Frage, was in der Bundesrepublik Deutschland und in Sachsen-Anhalt getan werden kann, um denen zu helfen, die vom iranischen Regime bedroht sind. Gleichzeitig erschüttern Meldungen, dass auch gegenwärtig aus Deutschland in den Iran abgeschoben wird, wie z. B. in Bayern, wo ein Iraner mit der Lüge, ihm würde eine Beschäftigungserlaubnis erteilt, in die zuständige Behörde gelockt wurde, um ihn dort in Abschiebegehwahrsam zu nehmen und nach Teheran abzuschieben.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Sieht die Landesregierung eine moralische und humanitäre Verpflichtung, Menschen, die nicht den Regeln des Islamischen Staates folgen wollen, vor Verfolgung, Misshandlung und Ermordung zu schützen?
2. Wird die Landesregierung angesichts des gewaltsamen Vorgehens der iranischen Regierung einen Abschiebestopp in den Iran erlassen?

7. Mitglied des Landtages
Nicole Anger
(DIE LINKE)

**Fachtag zur Mindestbauverordnung nach Wohn- und
Teilhabegesetz am 03.11.2022**

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Verbände, Vereine und Interessensvertretungen wurden zu diesem Fachtag, der in der Landtagssitzung vom 29.04.2022 von der zuständigen Ministerin „unter Einbeziehung aller Beteiligten stattfinden wird“ angekündigt wurde, eingeladen?
2. In welcher Form wird die direkte und unmittelbare Einbindung der Betroffenenperspektive der leistungsberechtigten Personen am o. g. Fachtag, wie in der Antwort in der Drs. 8/1160 angekündigt, durch das zuständige Ministerium sichergestellt?

8. Mitglied des Landtages
Florian Schröder
(AfD)

Versagung waffenrechtlicher Erlaubnis an AfD-Mitglieder

Der Öffentlichkeit wurde Anfang Juli 2022 bekannt, dass eine Weisung des Landesverwaltungsamtes an die Waffenbehörden des Landes erging, die explizit den dortigen Behörden vorgab: „[...] derzeit keine neuen waffenrechtliche Erlaubnisse bei bekannter AfD-Mitgliedschaft zu erteilen.“ Diese Weisung war rechtswidrig, weil Maßstab der Regelunzuverlässigkeit nach § 5 Abs. 2 Waffengesetz die Regelunzuverlässigkeit ist, wonach eine Regelvermutung entkräftet werden kann, wenn der Antragsteller das Vorliegen eines Ausnahmefalls nachweist.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist zwischenzeitlich auf Veranlassung der Landesregierung eine Weisung an das Landesverwaltungsamt ergangen, die eine Korrektur einer solchen Weisung an die Waffenbehörde anmahnt? Falls ja, welchen Inhalt hatte die Weisung? Falls nein, warum nicht?
2. Hat das Landesverwaltungsamt zwischenzeitlich die ursprüngliche Weisung an die Waffenbehörden revidiert? Falls ja, welchen Inhalt hat die neue Weisung an die Waffenbehörden? Falls nein, warum nicht?

9. Mitglied des Landtages
Hannes Loth
(AfD)

Vorkommen von *Prymnesium parvum*

Das massenhafte Fischsterben (200 t tote Fische!) in der Oder wird - nach Umweltbundesamt - auf das Zusammenwirken mehrerer Faktoren zurückgeführt: Ein erhöhtes Lichtangebot mit steigenden Wassertemperaturen in Kombination mit Niedrigwasser, Nährstoffeintrag und salzhaltigen Bergbauabwässern führten zu idealen Lebensbedingungen für die Algenart *Prymnesium parvum* N. Carter, 1937 und deren Massenvermehrung. Die weltweit vorkommende Alge sondert giftige Toxine ab, die auf Wasserorganismen tödlich wirken. Parallelen zur Situation an einzelnen Abschnitten von Bode und Elbe drängen sich unschwer auf.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann und wo gab oder gibt es entsprechend gesicherte Nachweise oder Vorkommen von *Prymnesium parvum* in Sachsen-Anhalt?
2. Über welche Möglichkeiten (z. B. Monitoring) verfügt das Land, um Vorkommen und entsprechende Konzentrationen von *Prymnesium parvum* frühzeitig zu erkennen und damit einer möglichen Massenvermehrung der Algenart vorzubeugen?

10. Mitglied des Landtages
Christina Buchheim
(DIE LINKE)

Gemäß KMK-Konsens soll der Schulbetrieb, wenn es die Corona-Situation zulässt, in Präsenz stattfinden. Der Einsatz von Wechsel- und Distanzunterricht gewinnt jedoch auch durch den stetig wachsenden Lehrermangel an Bedeutung.

Distanz- und Wechselunterricht hat insbesondere im Förderschulbereich erhebliche Auswirkungen auf die SchülerInnen, Familien und im Falle stationärer Jugendhilfe BetreuerInnen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Förderschulen in Sachsen-Anhalt bieten aktuell situationsbedingt oder regelmäßig Wechselunterricht an?
2. Wie wird der erhöhte Betreuungsbedarf in der stationären Jugendhilfe im Falle von situationsbedingtem Wechsel- und Distanzunterricht sichergestellt?

11. Mitglied des Landtages
Daniel Roi
(AfD)

Veröffentlichung der Lärmkarten

Die Veröffentlichung der Lärmkarten zur 4. Stufe der Lärmkartierung (nach EU-Umgebungslärmrichtlinie), mit den entsprechenden statistischen Angaben von 102 Städten und Gemeinden, war zum 31.07.2022 avisiert.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann und wo werden die entsprechenden aktuellen Lärmkarten der 102 Städte und Gemeinden veröffentlicht?
2. Wurden die entsprechenden aktuellen Lärmkarten für den Großflughafen Halle-Leipzig durch den Freistaat Sachsen erstellt und wo sind sie veröffentlicht?